

Quelle: <http://thesaker.is/americas-real-adversaries-are-its-european-and-other-allies-the-u-s-aim-is-to-keep-them-from-trading-with-china-and-russia/>

Europäische und andere Verbündete: Ziel der USA ist es, sie vom Handel mit China und Russland abzuhalten

Von Michael Hudson und mit Genehmigung veröffentlicht

Der Eiserne Vorhang der 1940er und 50er Jahre war angeblich dazu gedacht, Russland von Westeuropa zu isolieren - um kommunistische Ideologie und militärisches Eindringen zu verhindern. Das heutige Sanktionsregime ist nach innen gerichtet und soll die NATO und andere westliche Verbündete daran hindern, mehr Handel und Investitionen mit Russland und China zu tätigen. Das Ziel besteht nicht so sehr darin, Russland und China zu isolieren, sondern vielmehr darin, diese Verbündeten fest in Amerikas eigener wirtschaftlicher Umlaufbahn zu halten. Die Verbündeten sollen auf die Vorteile des Imports von russischem Gas und chinesischen Produkten verzichten und stattdessen viel teureres amerikanisches Flüssiggas und andere Exporte kaufen, die durch mehr amerikanische Waffen gedeckt werden.

Die Sanktionen, auf die US-Diplomaten bei ihren Verbündeten gegen den Handel mit Russland und China drängen, zielen angeblich darauf ab, eine militärische Aufrüstung zu verhindern. Aber eine solche Aufrüstung kann nicht wirklich das Hauptanliegen Russlands und Chinas sein. Sie haben viel mehr zu gewinnen, wenn sie dem Westen gegenseitige wirtschaftliche Vorteile anbieten. Die eigentliche Frage ist also, ob Europa seinen Vorteil darin sieht, die US-Exporte durch russische und chinesische Lieferungen und die damit verbundenen gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen zu ersetzen.

Was amerikanische Diplomaten beunruhigt, ist die Tatsache, dass Deutschland, andere NATO-Staaten und Länder entlang der "Belt and Road"-Route die Vorteile verstehen, die durch die Öffnung von friedlichem Handel und Investitionen erzielt werden können. Wenn es keine russischen oder chinesischen Pläne für eine Invasion oder Bombardierung gibt, wozu braucht man dann die NATO? Warum kaufen Amerikas wohlhabende Verbündete so viele US-Militärgüter? Und wenn es keine inhärent feindlichen Beziehungen gibt, warum müssen dann andere Länder ihre eigenen Handels- und Finanzinteressen opfern, indem sie sich ausschließlich auf amerikanische Exporteure und Investoren verlassen?

Dies sind die Bedenken, die den französischen Premierminister Macron dazu veranlasst haben, den Geist von Charles de Gaulle heraufzubeschwören und Europa aufzufordern, sich von dem, was er den "hirntoten" Kalten Krieg der NATO nennt, abzuwenden und sich von den pro-amerikanischen Handelsvereinbarungen zu verabschieden, die Europa steigende Kosten aufzubürden und ihm gleichzeitig potenzielle Gewinne aus dem Handel mit Eurasien vorenthalten. Selbst Deutschland sträubt sich gegen die Forderung, bis zum kommenden März auf russisches Gas zu verzichten. Das Problem für die amerikanischen Strategen ist nicht die reale militärische Bedrohung durch Russland und China, sondern das Fehlen einer solchen Bedrohung. Alle Länder haben erkannt, dass die Welt einen Punkt erreicht hat, an dem keine Industrienation die Arbeitskraft und die politischen Möglichkeiten hat, ein stehendes Heer in der Größe zu mobilisieren, die für eine Invasion oder auch nur für eine größere Schlacht mit einem bedeutenden Gegner erforderlich wäre. Aufgrund dieser politischen Kosten ist es für Russland unwirtschaftlich, Vergeltungsmaßnahmen gegen das abenteuerliche Vorgehen der NATO zu ergreifen, die an seiner Westgrenze herumstochert und versucht, eine militärische Reaktion hervorzurufen. Es ist es einfach nicht wert, die Ukraine zu übernehmen.

Amerikas zunehmender Druck auf seine Verbündeten droht diese aus der US-Umlaufbahn zu drängen. Über 75 Jahre lang hatten sie kaum eine praktische Alternative zur US-Hegemonie. Doch das ändert sich jetzt. Amerika verfügt nicht mehr über die Währungsmacht und den scheinbar chronischen Handels- und Zahlungsbilanzüberschuss, der es ihm 1944-45 ermöglichte, die Regeln für den Welthandel und die Investitionen festzulegen. Die Bedrohung für die Vorherrschaft der USA besteht darin, dass China, Russland und Mackinders eurasisches Kernland bessere Handels- und Investitionsmöglichkeiten bieten als die Vereinigten Staaten, die von ihren NATO- und anderen Verbündeten immer verzweifeltere Opfer verlangen.

Das eklatanteste Beispiel ist das Bestreben der USA, Deutschland die Genehmigung für die Nord Stream 2-Pipeline zu verweigern, um russisches Gas für die kommende Kälteperiode zu beziehen. Angela Merkel hat sich mit Donald Trump darauf geeinigt, 1 Milliarde Dollar für den Bau eines neuen LNG-Hafens auszugeben, um unabhängiger von dem hochpreisigen US-LNG zu werden. (Der Plan wurde nach den Wahlen in den USA und in Deutschland, bei denen beide Regierungschefs ausgetauscht wurden, gestrichen). Aber Deutschland hat keine andere Möglichkeit, viele seiner

Häuser und Bürogebäude zu heizen (oder seine Düngemittelfirmen zu versorgen) als mit russischem Gas.

Die einzige Möglichkeit, die den US-Diplomaten bleibt, um die europäischen Käufe zu blockieren, besteht darin, Russland zu einer militärischen Reaktion zu veranlassen und dann zu behaupten, dass die Rache für diese Reaktion schwerer wiegt als jedes rein nationale wirtschaftliche Interesse. Wie die kämpferische Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, in einer Pressekonferenz des Außenministeriums am 27. Januar erklärte: "Wenn Russland auf die eine oder andere Weise in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 nicht vorankommen."^[1] Das Problem besteht darin, einen angemessenen Vorfall zu schaffen und Russland als den Aggressor darzustellen. Nuland brachte 2014 prägnant zum Ausdruck, wer die Politik der NATO-Mitglieder diktiert: "Fuck the EU." Das sagte sie, als sie dem US-Botschafter in der Ukraine mitteilte, dass das Außenministerium die Marionette Arsenij Jazenjuk als ukrainischen Ministerpräsidenten unterstützte (der nach zwei Jahren aufgrund eines Korruptionsskandals abgesetzt wurde), und dass die politischen Agenturen der USA das blutige Massaker auf dem Maidan unterstützten, das den nunmehr acht Jahre andauernden Bürgerkrieg einleitete. Das Ergebnis hat die Ukraine ähnlich verwüstet wie die US-Gewalt in Syrien, Irak und Afghanistan. Dies ist keine Politik des Weltfriedens oder der Demokratie, die die europäischen Wähler gutheißen.

Die Handelssanktionen der USA gegen ihre NATO-Verbündeten erstrecken sich auf das gesamte Handelsspektrum. Das von Sparsmaßnahmen geplagte Litauen hat seinen Käse- und Agrarmarkt in Russland aufgegeben und hindert seine staatliche Eisenbahn daran, weißrussisches Kali in den Ostseehafen Klaipeda zu transportieren. Der Mehrheitseigentümer des Hafens beklagte sich, dass "Litauen durch die Einstellung der weißrussischen Exporte über Klaipeda Hunderte von Millionen Dollar verlieren wird" und "wegen gebrochener Verträge mit Rechtsansprüchen in Höhe von 15 Milliarden Dollar konfrontiert werden könnte"^[2] Litauen hat sogar dem Drängen der USA zugestimmt, Taiwan anzuerkennen, was dazu führt, dass China sich weigert, deutsche oder andere Produkte einzuführen, die in Litauen hergestellte Komponenten enthalten.

Europa will Sanktionen auf Kosten steigender Energie- und Agrarpreise verhängen, indem es Einfuhren aus den Vereinigten Staaten Vorrang einräumt und auf russische, belarussische und andere Verbindungen außerhalb des Dollarraums verzichtet. Sergej Lawrow drückt es so aus: "Wenn die Vereinigten Staaten der Meinung sind, dass etwas ihren Interessen entspricht, können sie diejenigen verraten, mit denen sie befreundet waren, mit denen sie zusammengearbeitet haben und die ihren Positionen in der Welt entgegengekommen sind"^[3].

Amerikas Sanktionen gegen seine Verbündeten schaden deren Volkswirtschaften, nicht denen von Russland und China

Die Ironie liegt darin, dass die Sanktionen gegen Russland und China diesen Ländern letztlich eher geholfen als geschadet haben. Aber das primäre Ziel war es, der russischen und chinesischen Wirtschaft weder zu schaden noch zu helfen. Schließlich ist es selbstverständlich, dass Sanktionen die betroffenen Länder dazu zwingen, sich selbst zu versorgen. Ohne litauischen Käse haben die russischen Produzenten ihren eigenen hergestellt und müssen ihn nicht mehr aus den baltischen Staaten importieren. Die zugrunde liegende wirtschaftliche Rivalität Amerikas zielt darauf ab, die europäischen und die mit ihnen verbündeten asiatischen Länder in seiner eigenen, zunehmend geschützten wirtschaftlichen Umlaufbahn zu halten. Deutschland, Litauen und andere Verbündete werden aufgefordert, Sanktionen gegen ihr eigenes wirtschaftliches Wohlergehen zu verhängen, indem sie keinen Handel mit Ländern außerhalb des Dollarraums treiben.

Ganz abgesehen von der Gefahr eines tatsächlichen Krieges, die sich aus der Kriegslust der USA ergibt, werden die Kosten, die Amerikas Verbündeten entstehen, wenn sie sich den amerikanischen Handels- und Investitionsforderungen beugen, so hoch, dass sie politisch nicht mehr tragbar sind. Fast ein Jahrhundert lang gab es kaum eine andere Möglichkeit, als Handels- und Investitionsregeln zuzustimmen, die die US-Wirtschaft begünstigen - als Preis für die finanzielle und handelspolitische Unterstützung der USA und sogar für ihre militärische Sicherheit. Doch nun droht eine Alternative aufzutauchen - eine, die von Chinas "Belt and Road"-Initiative und von Russlands Wunsch nach ausländischen Investitionen zur Modernisierung seiner Industrieorganisation profitiert, wie es vor dreißig Jahren, 1991, versprochen worden war.

Seit den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs zielt die US-Diplomatie darauf ab, Großbritannien, Frankreich und insbesondere das besiegte Deutschland und Japan in eine wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von den USA zu zwingen. Wie ich in Superimperialismus dokumentiert habe, zerschlugen amerikanische Diplomaten das britische Empire und absorbierten dessen Sterling-Gebiet durch die belastenden Bedingungen, die zunächst durch Lend-Lease und dann durch das Anglo-American Loan Agreement von 1946 auferlegt wurden. Letzteres verpflichtete Großbritannien, seine Politik der "Imperial Preference" aufzugeben und die Sterling-Guthaben freizugeben, die Indien und

andere Kolonien während des Krieges für ihre Rohstoffexporte angehäuft hatten, wodurch das britische Commonwealth für US-Exporte geöffnet wurde.

Großbritannien verpflichtete sich, seine Vorkriegsmärkte nicht durch eine Abwertung des Pfund Sterling zurückzugewinnen. Die US-Diplomaten gründeten daraufhin den IWF und die Weltbank zu Bedingungen, die die US-Exportmärkte förderten und die Konkurrenz durch Großbritannien und andere ehemalige Rivalen abschreckten. Die Debatten im Ober- und Unterhaus zeigten, dass die britischen Politiker erkannten, dass sie in eine untergeordnete wirtschaftliche Position gedrängt wurden, dass sie aber keine Alternative hatten. Und nachdem sie aufgegeben hatten, hatten die US-Diplomaten freie Hand, sich dem übrigen Europa gegenüberzustellen.

Die finanzielle Macht hat es Amerika ermöglicht, die westliche Diplomatie weiterhin zu dominieren, obwohl es 1971 aufgrund der Zahlungsbilanzkosten für seine Militärausgaben in Übersee gezwungen war, das Gold aufzugeben. Im letzten halben Jahrhundert haben ausländische Länder ihre internationalen Währungsreserven in US-Dollar gehalten - hauptsächlich in US-Schatzpapieren, US-Bankkonten und anderen Finanzanlagen in der US-Wirtschaft. Der Treasury-Bill-Standard verpflichtet ausländische Zentralbanken, das militärisch bedingte Zahlungsbilanzdefizit der USA zu finanzieren - und damit das Haushaltsdefizit der heimischen Regierung.

Die Vereinigten Staaten brauchen dieses Recycling nicht, um Geld zu schaffen. Die Regierung kann einfach Geld drucken, wie die MMT gezeigt hat. Aber die Vereinigten Staaten brauchen dieses Dollar-Recycling der ausländischen Zentralbanken, um ihre internationalen Zahlungen auszugleichen und den Wechselkurs des Dollars zu stützen. Würde der Dollar abwerten, wäre es für das Ausland viel einfacher, internationale Dollar-Schulden in ihrer eigenen Währung zu begleichen. Die US-Importpreise würden steigen, und es wäre für US-Investoren teurer, ausländische Vermögenswerte zu kaufen. Und Ausländer würden mit US-Aktien und -Anleihen, die auf ihre eigenen Währungen lauten, Geld verlieren und diese aufgeben. Vor allem die Zentralbanken würden Verluste bei den Dollar-Anleihen des Finanzministeriums hinnehmen, die sie in ihren Währungsreserven halten, und würden ihr Interesse daran finden, sich vom Dollar zu trennen. Die US-Zahlungsbilanz und der Wechselkurs sind also beide durch die Kriegstreiberei und die Militärausgaben der USA in der ganzen Welt bedroht - und dennoch versuchen die Diplomaten der USA, die Lage zu stabilisieren, indem sie die militärische Bedrohung auf ein Krisenniveau anheben.

Das Bestreben der USA, ihre europäischen und ostasiatischen Protektorate in ihrer eigenen Einflussssphäre zu halten, wird durch das Aufkommen Chinas und Russlands unabhängig von den Vereinigten Staaten bedroht, während die US-Wirtschaft infolge ihrer eigenen bewussten politischen Entscheidungen de-industrialisiert wird. Die industrielle Dynamik, die die Vereinigten Staaten vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre so dominant gemacht hat, ist einer evangelistischen neoliberalen Finanzialisierung gewichen. Deshalb müssen die US-Diplomaten ihre Verbündeten unter Druck setzen, um ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem postsowjetischen Russland und dem sozialistischen China zu blockieren, deren Wachstum das der Vereinigten Staaten übertrifft und deren Handelsvereinbarungen mehr Möglichkeiten zum gegenseitigen Vorteil bieten.

Die Frage ist, wie lange die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten daran hindern können, von Chinas Wirtschaftswachstum zu profitieren. Werden Deutschland, Frankreich und andere NATO-Länder ihren eigenen Wohlstand anstreben, anstatt zuzulassen, dass der Dollarstandard und die Handelspräferenzen der USA ihren wirtschaftlichen Überschuss abschöpfen?

Öldiplomatie und Amerikas Traum vom postsowjetischen Russland

Gorbatschow und andere russische Beamte erwarteten 1991, dass sich ihre Wirtschaft dem Westen zuwenden würde, um sie nach dem Vorbild der USA, Deutschlands und anderer Volkswirtschaften zu reorganisieren. Die gegenseitige Erwartung in Russland und Westeuropa war, dass deutsche, französische und andere Investoren die postsowjetische Wirtschaft nach effizienteren Grundsätzen umstrukturieren würden.

Das war nicht der Plan der Vereinigten Staaten. Als Senator John McCain Russland als "Tankstelle mit Atombomben" bezeichnete, war das der Traum der Amerikaner von dem, was sie aus Russland machen wollten - mit Russlands Gasunternehmen, die in die Kontrolle von US-Aktionären übergehen, beginnend mit der geplanten Übernahme von Yukos, wie sie mit Michail Chodorkowski vereinbart wurde. Das letzte, was die US-Strategen sehen wollten, war ein blühendes, wiederbelebtes Russland. Die US-Berater versuchten, Russlands natürliche Ressourcen und andere nicht-industrielle Vermögenswerte zu privatisieren, indem sie sie Kleptokraten überließen, die den Wert dessen, was sie privatisiert hatten, nur durch den Verkauf an US-amerikanische und andere ausländische Investoren gegen harte Währung "abkassieren" konnten. Das Ergebnis war ein neoliberaler wirtschaftlicher und demografischer Zusammenbruch in den postsowjetischen Staaten.

In gewisser Weise hat sich Amerika selbst in seine eigene Version einer Tankstelle mit Atombomben (und Waffenexporten) verwandelt. Die US-Öldiplomatie zielt darauf ab, den weltweiten Ölhandel zu

kontrollieren, damit die enormen Gewinne den großen US-Ölkonzernen zufließen. Um das iranische Öl in den Händen von British Petroleum zu halten, arbeitete Kermit Roosevelt von der CIA mit der Anglo-Persian Oil Company von British Petroleum zusammen, um den gewählten iranischen Führer Mohammed Mossadegh 1954 zu stürzen, als dieser versuchte, das Unternehmen zu verstaatlichen, nachdem es sich Jahrzehnte lang geweigert hatte, die versprochenen Beiträge zur Wirtschaft zu leisten. Nach der Einsetzung des Schahs, dessen Demokratie auf einem brutalen Polizeistaat beruhte, drohte der Iran erneut, als Herr über seine eigenen Ölressourcen aufzutreten. So sah er sich erneut mit von den USA unterstützten Sanktionen konfrontiert, die bis heute in Kraft sind. Das Ziel solcher Sanktionen ist es, den weltweiten Ölhandel fest unter der Kontrolle der USA zu halten, denn Öl ist Energie, und Energie ist der Schlüssel zu Produktivität und realem BIP.

In den Fällen, in denen ausländische Regierungen wie Saudi-Arabien und die benachbarten arabischen Petrostaaten die Kontrolle übernommen haben, müssen die Exporteinnahmen ihres Öls auf den US-Finanzmärkten deponiert werden, um den Wechselkurs des Dollars und die finanzielle Vorherrschaft der USA zu stützen. Als sie 1973-74 ihre Ölpreise vervierfachten (als Reaktion auf die Vervierfachung der US-Getreideexportpreise), legte das US-Außenministerium das Gesetz fest und sagte Saudi-Arabien, es könne so viel für sein Öl verlangen, wie es wolle (und damit den Preisschirm für die US-Erdölproduzenten aufspannen). Ölproduzenten), aber es musste seine Ölexporteinnahmen in die Vereinigten Staaten in Form von auf Dollar lautenden Wertpapieren zurückführen - hauptsächlich in Form von US-Schatzpapieren und US-Bankkonten, zusammen mit einigen Minderheitsbeteiligungen an US-Aktien und -Anleihen (aber nur als passive Investoren, die diese finanzielle Macht nicht zur Kontrolle der Unternehmenspolitik nutzen).

Die zweite Art der Wiederverwendung von Ölexporterlösen war der Kauf von US-Waffenexporten, wobei Saudi-Arabien zu einem der größten Kunden des militärisch-industriellen Komplexes wurde. Die US-Waffenproduktion ist nicht in erster Linie militärischer Natur. Wie die Welt jetzt im Streit um die Ukraine sieht, verfügt Amerika nicht über eine kämpfende Armee. Was es hat, ist das, was man früher eine "Fressarmee" nannte. Die US-Rüstungsproduktion beschäftigt Arbeitskräfte und stellt Waffen als eine Art Prestigeobjekt her, mit dem die Regierungen angeben können, und nicht für den tatsächlichen Kampf. Wie bei den meisten Luxusgütern ist der Preisaufschlag sehr hoch. Das ist ja auch das Wesen von Mode und Stil. Das MIC verwendet seine Gewinne zur Subventionierung der zivilen Produktion der USA in einer Weise, die nicht gegen die internationalen Handelsgesetze gegen staatliche Subventionen verstößt.

Manchmal wird natürlich auch militärische Gewalt eingesetzt. Im Irak setzten erst George W. Bush und dann Barack Obama das Militär ein, um die Ölreserven des Landes sowie die Syriens und Libyens zu beschlagnahmen. Die Kontrolle über das weltweite Öl ist die Stütze der amerikanischen Zahlungsbilanz. Trotz der weltweiten Bemühungen, die Erwärmung des Planeten zu verlangsamen, betrachten die US-Beamten das Öl weiterhin als Schlüssel zu Amerikas wirtschaftlicher Vormachtstellung. Aus diesem Grund weigert sich das US-Militär immer noch, dem Befehl des Irak, das Land zu verlassen, Folge zu leisten, und hält seine Truppen in der Kontrolle des irakischen Öls, und deshalb hat es mit den Franzosen vereinbart, Libyen zu zerstören, und hat immer noch Truppen in den Ölfeldern Syriens. Näher an der Heimat: Präsident Biden hat Offshore-Bohrungen genehmigt und unterstützt Kanadas Ausbau der Athabasca-Teesande, des umweltschädlichsten Öls der Welt. Neben den Öl- und Lebensmittelexporten tragen auch die Waffenexporte zur Finanzierung der amerikanischen Militärausgaben auf den 750 Stützpunkten im Ausland bei, die durch den Standard des Schatzamtes finanziert werden. Aber ohne einen ständigen Feind, der ständig vor den Toren droht, fällt die Existenz der NATO auseinander. Wozu sollten die Länder U-Boote, Flugzeugträger, Flugzeuge, Panzer, Raketen und andere Waffen kaufen?

Mit der Deindustrialisierung der Vereinigten Staaten wird ihr Handels- und Zahlungsbilanzdefizit immer problematischer. Die USA sind auf Waffenexporte angewiesen, um ihr wachsendes Handelsdefizit zu verringern und um ihre Verkehrsflugzeuge und andere zivile Sektoren zu subventionieren. Die Herausforderung besteht darin, seinen Wohlstand und seine weltweite Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, während China und jetzt auch Russland ihre Industrie abbauen und ein rasantes Wirtschaftswachstum verzeichnen.

Amerika hat seinen industriellen Kostenvorteil durch den starken Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Geschäftskosten in seiner finanzierten postindustriellen Rentierwirtschaft verloren.

Darüber hinaus basiert der Pentagon-Kapitalismus, wie Seymour Melman in den 1970er Jahren erklärte, auf Kosten-Plus-Verträgen: Je mehr die militärische Ausrüstung kostet, desto mehr Gewinn erhalten die Hersteller. Die US-Waffen sind also übertechnisiert - daher die 500-Dollar-Toilettensitz anstelle eines 50-Dollar-Modells. Die Hauptattraktivität von Luxusgütern, einschließlich militärischer Ausrüstung, ist schließlich ihr hoher Preis.

Dies ist der Hintergrund für die Wut der USA, dass es ihnen nicht gelungen ist, sich Russlands Öl vorkommen anzueignen - und dass Russland sich auch militärisch befreit hat, um seine eigenen

Waffenexporte zu entwickeln, die jetzt in der Regel besser und viel billiger sind als die der USA. Heute befindet sich Russland in der Lage des Irans von 1954 und 1979. Nicht nur, dass seine Ölverkäufe mit denen von US-LNG konkurrieren, Russland behält auch seine Ölexporterlöse im eigenen Land, um seine Reindustrialisierung zu finanzieren und so die Wirtschaft wieder aufzubauen, die durch die von den USA geförderte Schock- "Therapie" der 1990er Jahre zerstört wurde.

Der Weg des geringsten Widerstands für die US-Strategie, die darauf abzielt, die Kontrolle über die weltweite Ölversorgung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig ihren Exportmarkt für Luxuswaffen über die NATO aufrechtzuerhalten, besteht darin, "Wolf" zu schreien und darauf zu bestehen, dass Russland kurz davor steht, in die Ukraine einzumarschieren - als ob Russland irgendetwas zu gewinnen hätte, wenn es die ärmste und am wenigsten produktive Volkswirtschaft Europas mit einem Sumpfkrieg überzieht. Im Winter 2021/22 haben die USA lange versucht, die NATO und Russland zu einem Kampf zu drängen - ohne Erfolg.

Die USA träumen von einem neoliberalisierten China als Tochtergesellschaft eines US-Konzerns. Amerika hat sich durch eine bewusste Politik der Senkung der Produktionskosten entindustrialisiert, da seine Produktionsunternehmen Billiglohnarbeit im Ausland, vor allem in China, gesucht haben. Diese Verlagerung war keine Rivalität mit China, sondern wurde als gegenseitiger Gewinn betrachtet. Von amerikanischen Banken und Investoren wurde erwartet, dass sie sich die Kontrolle und die Gewinne der chinesischen Industrie sichern, wenn diese vermarktet wird. Die Rivalität bestand zwischen den amerikanischen Arbeitgebern und den amerikanischen Arbeitnehmern, und die Waffe des Klassenkampfes war das Offshoring und die damit einhergehende Kürzung der staatlichen Sozialausgaben.

Ähnlich wie das russische Streben nach einem von der US-Kontrolle unabhängigen Öl-, Waffen- und Agrarhandel besteht die Offensive Chinas darin, die Gewinne seiner Industrialisierung im eigenen Land zu halten, den Staatsbesitz an bedeutenden Unternehmen beizubehalten und vor allem die Geldschöpfung und die Bank of China als öffentliches Versorgungsunternehmen zu erhalten, um die eigene Kapitalbildung zu finanzieren, anstatt die Finanzierung den US-Banken und Maklerhäusern zu überlassen, die die Überschüsse in Form von Zinsen, Dividenden und Verwaltungsgebühren abschöpfen. Die einzige Rettung für die Unternehmensplaner in den USA ist die Rolle Chinas bei der Verhinderung eines Anstiegs der US-Löhne, indem es eine Quelle für billige Arbeitskräfte bietet, die es den amerikanischen Herstellern ermöglicht, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern und auszulagern.

Der Klassenkampf der Demokratischen Partei gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter begann in der Carter-Regierung und beschleunigte sich erheblich, als Bill Clinton mit NAFTA die südliche Grenze öffnete. Entlang der Grenze wurde eine Reihe von Maquiladoras errichtet, um billige Handwerksarbeit zu liefern. Dies wurde zu einem so erfolgreichen Profitcenter für Unternehmen, dass Clinton im Dezember 2001, im letzten Monat seiner Amtszeit, darauf drängte, China in die Welthandelsorganisation aufzunehmen. Man träumte davon, dass China zu einem Profitcenter für US-Investoren werden würde, das für US-Firmen produzierte und seine Kapitalinvestitionen (und, so hoffte man, auch den Wohnungsbau und die Staatsausgaben) durch die Aufnahme von US-Dollars und die Organisation seiner Industrie in einem Aktienmarkt finanzierte, der, ähnlich wie der russische in den Jahren 1994-96, zu einem führenden Anbieter von Finanz- und Kapitalgewinnen für US-amerikanische und andere ausländische Investoren werden würde.

Walmart, Apple und viele andere US-Unternehmen errichteten Produktionsstätten in China, was zwangsläufig einen Technologietransfer und die Schaffung einer effizienten Infrastruktur für den Exporthandel mit sich brachte. Goldman Sachs leitete den finanziellen Ansturm und verhalf Chinas Aktienmarkt zu einem Höhenflug. All dies war das, worauf Amerika gedrängt hatte.

Wo ging Amerikas neoliberaler Traum vom Kalten Krieg schief? Zunächst einmal folgte China nicht der Politik der Weltbank, die Regierungen dazu anzuhalten, Kredite in Dollar aufzunehmen, um US-Ingenieurbüros mit der Bereitstellung von Exportinfrastruktur zu beauftragen. Das Land industrialisierte sich auf die gleiche Weise wie die Vereinigten Staaten und Deutschland im späten 19: Durch umfangreiche öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, um Grundbedürfnisse zu subventionierten Preisen oder kostenlos bereitzustellen, von der Gesundheitsfürsorge und dem Bildungswesen bis hin zu Transport und Kommunikation, um die Lebenshaltungskosten für Arbeitgeber und Exporteure zu minimieren. Vor allem aber verhinderte China den Schuldendienst im Ausland, indem es sein eigenes Geld schuf und die wichtigsten Produktionsanlagen in der eigenen Hand behielt.

Die Forderungen der USA treiben ihre Verbündeten aus dem Dollar-NATO-Handels- und Währungsraum heraus

Wie in einer klassischen griechischen Tragödie führt die US-Außenpolitik genau das Ergebnis herbei, das sie am meisten fürchtet. Indem sie es mit ihren eigenen NATO-Verbündeten übertreibt, führen die US-Diplomaten Kissingers Altraumszenario herbei und treiben Russland und China zusammen.

Während Amerikas Verbündete die Kosten der US-Sanktionen zu tragen haben, profitieren Russland und China davon, indem sie gezwungen werden, ihre eigene Wirtschaft zu diversifizieren und von der Abhängigkeit von US-Lieferanten für Lebensmittel und andere Grundbedürfnisse unabhängig zu machen. Vor allem schaffen diese beiden Länder ihr eigenes, entdollarisiertes Kredit- und Bankenclearing-System und halten ihre internationalen Währungsreserven in Form von Gold, Euro und den Währungen der jeweils anderen Länder, um ihren gegenseitigen Handel und ihre Investitionen abzuwickeln.

Diese Entdollarisierung bietet eine Alternative zu der unipolaren Fähigkeit der USA, über den US-Schatzwechselstandard für die Weltwährungsreserven kostenlose ausländische Kredite zu erhalten. Was wird den Dollar stützen, wenn ausländische Länder und ihre Zentralbanken den Dollar entwerten? Wie können die Vereinigten Staaten ohne die kostenlose Kreditlinie, die von den Zentralbanken zur Verfügung gestellt wird und die automatisch Amerikas ausländische Militärausgaben und andere Ausgaben in Übersee in die US-Wirtschaft zurückführt (mit nur einer minimalen Rendite), ihre internationalen Zahlungen angesichts ihrer Deindustrialisierung ausgleichen? Die Vereinigten Staaten können ihre Deindustrialisierung und ihre Abhängigkeit von chinesischen und anderen asiatischen Arbeitskräften nicht einfach dadurch rückgängig machen, dass sie die Produktion ins Land zurückholen. Sie haben einen zu hohen Rentier-Overhead in ihre Wirtschaft eingebaut, als dass ihre Arbeitskräfte in der Lage wären, international zu konkurrieren, wenn man bedenkt, dass die US-Lohnempfänger hohe und steigende Kosten für Wohnen und Bildung, Schuldendienst und Krankenversicherung sowie für privatisierte Infrastrukturleistungen tragen müssen. Die einzige Möglichkeit für die Vereinigten Staaten, ihr internationales finanzielles Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, besteht darin, Monopolpreise für ihre Waffen-, patentierten Pharma- und Informationstechnologieexporte festzulegen und die Kontrolle über die lukrativsten Produktions- und potenziell rententreibenden Sektoren im Ausland zu erwerben - mit anderen Worten, die neoliberale Wirtschaftspolitik in der ganzen Welt in einer Weise zu verbreiten, die andere Länder dazu zwingt, von US-Krediten und -Investitionen abhängig zu sein.

Das ist kein Weg für das Wachstum von Volkswirtschaften. Die Alternative zur neoliberalen Doktrin ist Chinas Wachstumsplistik, die der gleichen grundlegenden industriellen Logik folgt, mit der Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich während ihrer eigenen industriellen Aufschwünge mit starker staatlicher Unterstützung und Sozialausgabenprogrammen zur industriellen Macht aufstiegen.

Die Vereinigten Staaten haben sich seit den 1980er Jahren von dieser traditionellen Industriepolitik verabschiedet. Sie zwingen ihrer eigenen Wirtschaft die neoliberale Politik auf, die das pinochetistische Chile, das thatcheristische Großbritannien und die postindustriellen ehemaligen Sowjetrepubliken, die baltischen Staaten und die Ukraine seit 1991 de-industrialisiert hat. Der stark polarisierte und verschuldete Wohlstand basiert auf der Aufblähung der Immobilien- und Wertpapierpreise und der Privatisierung der Infrastruktur.

Dieser Neoliberalismus war der Weg zu einer gescheiterten Wirtschaft und in der Tat zu einem gescheiterten Staat, der unter Schuldendeflation, steigenden Wohnungspreisen und Mieten bei sinkender Eigenheimquote sowie exorbitanten medizinischen und anderen Kosten zu leiden hat, die aus der Privatisierung dessen resultieren, was andere Länder kostenlos oder zu subventionierten Preisen als Menschenrechte bereitstellen - Gesundheitsversorgung, Bildung, Krankenversicherung und Renten.

Der Erfolg von Chinas Industriepolitik mit einer gemischten Wirtschaft und staatlicher Kontrolle des Geld- und Kreditsystems hat US-Strategen zu der Befürchtung veranlasst, dass die westeuropäischen und asiatischen Volkswirtschaften ihren Vorteil in einer engeren Integration mit China und Russland sehen könnten. Die USA scheinen auf eine solche globale Annäherung an China und Russland keine andere Antwort zu haben als Wirtschaftssanktionen und militärische Kriegsführung. Diese Haltung des Neuen Kalten Krieges ist teuer, und andere Länder scheuen sich, die Kosten eines Konflikts zu tragen, der ihnen selbst nichts bringt und sogar ihr eigenes Wirtschaftswachstum und ihre politische Unabhängigkeit zu destabilisieren droht.

Wie können die Vereinigten Staaten die Kosten für ihre Militärausgaben in Übersee aufrechterhalten, wenn sie nicht von diesen Ländern subventioniert werden, insbesondere wenn China, Russland und ihre Nachbarn ihre Wirtschaft entdollarisieren? Eine Kürzung dieser Ausgaben und die Wiedererlangung industrieller Eigenständigkeit und wettbewerbsfähiger Wirtschaftskraft würde einen Wandel in der amerikanischen Politik erfordern.

Ein solcher Wandel scheint unwahrscheinlich, aber wie lange kann es Amerikas postindustrielle Rentenökonomie ohne ihn schaffen, andere Länder zu zwingen, ihr den wirtschaftlichen Wohlstand (buchstäblich einen Zufluss) zu verschaffen, den sie im eigenen Land nicht mehr produziert?

1. <https://www.state.gov/briefings/department-press-briefing-january-27-2022/>. Sie wies die Kommentare von Reportern zurück, dass "das, was die Deutschen öffentlich gesagt haben, nicht genau mit dem übereinstimmt, was Sie sagen", und erklärte die Taktik der USA, Nord Stream 2 zu blockieren. Auf die Bemerkung eines Reporters, dass "sie es nur einschalten müssen", antwortete sie: "Wie Senator Cruz zu sagen pflegt ... ist es derzeit ein Stück Metall auf dem Grund des Ozeans. Es muss getestet werden. Es muss zertifiziert werden. Es braucht eine behördliche Genehmigung." Eine aktuelle Übersicht über die zunehmend angespannte geopolitische Lage findet sich in John Foster, "Pipeline Politics hits Multipolar Realities: Nord Stream 2 and the Ukraine Crisis", Counterpunch, 3. Februar 2022. ↑

2. Andrew Higgins, "Fueling a Geopolitical Tussle in Eastern Europe: Fertilizer", The New York Times, 31. Januar 2022. Der Eigentümer will die litauische Regierung auf hohen Schadenersatz verklagen. ↑

3. Russisches Außenministerium, "Antworten von Außenminister Sergej Lawrow auf Fragen des Programms Voskresnoye Vremya von Channel One", Moskau, 30. Januar 2022. Johnson's Russia List, 31. Januar 2022, #9. ↑

<http://thesaker.is/americas-real-adversaries-are-its-european-and-other-allies-the-u-s-aim-is-to-keep-them-from-trading-with-china-and-russia/>

European and other allies: The U.S. aim is to keep them from trading with China and Russia

By Michael Hudson and posted by permission

The Iron Curtain of the 1940s and '50s was ostensibly designed to isolate Russia from Western Europe – to keep out Communist ideology and military penetration. **Today's sanctions regime is aimed inward, to prevent America's NATO and other Western allies from opening up more trade and investment with Russia and China.** The aim is not so much to isolate Russia and China as to hold these allies firmly within America's own economic orbit. Allies are to forego the benefits of importing Russian gas and Chinese products, buying much higher-priced U.S. LNG and other exports, capped by more U.S. arms.

The sanctions that U.S. diplomats are insisting that their allies impose against trade with Russia and China are aimed ostensibly at deterring a military buildup. But such a buildup cannot really be the main Russian and Chinese concern. They have much more to gain by offering mutual economic benefits to the West. So the underlying question is whether Europe will find its advantage in replacing U.S. exports with Russian and Chinese supplies and the associated mutual economic linkages.

What worries American diplomats is that Germany, other NATO nations and countries along the Belt and Road route understand the gains that can be made by opening up peaceful trade and investment. If there is no Russian or Chinese plan to invade or bomb them, what is the need for NATO? What is the need for such heavy purchases of U.S. military hardware by America's affluent allies? **And if there is no inherently adversarial relationship, why do foreign countries need to sacrifice their own trade and financial interests by relying exclusively on U.S. exporters and investors?**

These are the concerns that have prompted French Prime Minister Macron to call forth the ghost of Charles de Gaulle and urge Europe to turn away from what he calls NATO's "brain-

dead” Cold War and break with the pro-U.S. trade arrangements that are imposing rising costs on Europe while denying it potential gains from trade with Eurasia. Even Germany is balking at demands that it freeze by this coming March by going without Russian gas.

Instead of a real military threat from Russia and China, **the problem for American strategists is the absence of such a threat**. All countries have come to realize that the world has reached a point at which no industrial economy has the manpower and political ability to mobilize a standing army of the size that would be needed to invade or even wage a major battle with a significant adversary. That political cost makes it uneconomic for Russia to retaliate against NATO adventurism prodding at its western border trying to incite a military response. It’s just not worth taking over Ukraine.

America’s rising pressure on its allies threatens to drive them out of the U.S. orbit. For over 75 years they had little practical alternative to U.S. hegemony. But that is now changing. America no longer has the monetary power and seemingly chronic trade and balance-of-payments surplus that enabled it to draw up the world’s trade and investment rules in 1944-45. **The threat to U.S. dominance is that China, Russia and Mackinder’s Eurasian World Island heartland are offering better trade and investment opportunities than are available from the United States with its increasingly desperate demand for sacrifices from its NATO and other allies.**

The most glaring example is the U.S. drive to block Germany from authorizing the Nord Stream 2 pipeline to obtain Russian gas for the coming cold weather. Angela Merkel agreed with Donald Trump to spend \$1 billion building a new LNG port to become more dependent on highly priced U.S. LNG. (The plan was cancelled after the U.S. and German elections changed both leaders.) But Germany has no other way of heating many of its houses and office buildings (or supplying its fertilizer companies) than with Russian gas.

The only way left for U.S. diplomats to block European purchases is to goad Russia into a military response and then claim that avenging this response outweighs any purely national economic interest. As hawkish Under-Secretary of State for Political Affairs, Victoria Nuland, explained in a State Department press briefing on January 27: “If Russia invades Ukraine one way or another Nord Stream 2 will not move forward.”^[1] **The problem is to create a suitably offensive incident and depict Russia as the aggressor.**

Nuland expressed who was dictating the policies of NATO members succinctly in 2014: “Fuck the EU.” That was said as she told the U.S. ambassador to Ukraine that the State Department was backing the puppet Arseniy Yatsenyuk as Ukrainian prime minister (removed after two years in a corruption scandal), and U.S. political agencies backed the bloody Maidan massacre that ushered in what are now eight years of civil war. The result devastated Ukraine much as U.S. violence had done in Syria, Iraq and Afghanistan. This is not a policy of world peace or democracy that European voters endorse.

U.S. trade sanctions imposed on its NATO allies extend across the trade spectrum. Austerity-ridden Lithuania gave up its cheese and agricultural market in Russia, and is blocking its state-owned railroad from carrying Belarus potash to the Baltic port of Klaipeda. The port’s majority owner complained that “Lithuania will lose hundreds of millions of dollars from halting Belarus exports through Klaipeda,” and “could face legal claims of \$15 billion over broken contracts.”^[2] Lithuania has even agreed to U.S. prompting to recognize Taiwan, resulting in China refusing to import German or other products that include Lithuanian-made components.

Europe is to impose sanctions at the cost of rising energy and agricultural prices by giving priority to imports from the United States and foregoing Russian, Belarusian and other linkages outside of the Dollar Area. As Sergey Lavrov put matters: “When the United

States thinks that something suits its interests, it can betray those with whom it was friendly, with whom it cooperated and who catered to its positions around the world.”^[3]

America's sanctions on its allies hurt their economies, not those of Russia and China

What seems ironic is that such sanctions against Russia and China have ended up helping rather than hurting them. But the primary aim was not to hurt nor to help the Russian and Chinese economies. **After all, it is axiomatic that sanctions force the targeted countries to become more self-reliant.** Deprived of Lithuanian cheese, Russian producers have produced their own, and no longer need to import it from the Baltic states. **America's underlying economic rivalry is aimed at keeping European and its allied Asian countries in its own increasingly protected economic orbit. Germany, Lithuania and other allies are told to impose sanctions directed against their own economic welfare by not trading with countries outside the U.S. dollar-area orbit.**

Quite apart from the threat of actual war resulting from U.S. bellicosity, the cost to America's allies of surrendering to U.S. trade and investment demands is becoming so high as to be politically unaffordable. For nearly a century there has been little alternative but to agree to trade and investment rules favoring the U.S. economy as the price of receiving U.S. financial and trade support and even military security. But an alternative is now threatening to emerge – one offering benefits from China's Belt and Road initiative, and from Russia's desire for foreign investment to help modernize its industrial organization, as seemed to be promised thirty years ago in 1991.

Ever since the closing years of World War II, U.S. diplomacy has aimed at locking Britain, France, and especially defeated Germany and Japan, into becoming U.S. economic and military dependencies. **As I documented in *Super Imperialism*, American diplomats broke up the British Empire and absorbed its Sterling Area by the onerous terms imposed first by Lend-Lease and then the Anglo-American Loan Agreement of 1946.** The latter's terms obliged Britain to give up its Imperial Preference policy and unblock the sterling balances that India and other colonies had accumulated for their raw-materials exports during the war, thus opening the British Commonwealth to U.S. exports.

Britain committed itself not to recover its prewar markets by devaluing sterling. **U.S. diplomats then created the IMF and World Bank on terms that promoted U.S. export markets and deterred competition from Britain and other former rivals.** Debates in the House of Lords and the House of Commons showed that British politicians recognized that they were being consigned to a subservient economic position, but felt that they had no alternative. And once they gave up, U.S. diplomats had a free hand in confronting the rest of Europe.

Financial power has enabled America to continue dominating Western diplomacy despite being forced off gold in 1971 as a result of the balance-of-payments costs of its overseas military spending. For the past half-century, foreign countries have kept their international monetary reserves in U.S. dollars – mainly in U.S. Treasury securities, U.S. bank accounts and other financial investments in the U.S. economy. **The Treasury-bill standard obliges foreign central banks to finance America's military-based balance-of-payments deficit – and in the process, the domestic government budget deficit.**

The United States does not need this recycling to create money. The government can simply print money, as MMT has demonstrated. But the United States does need this foreign central bank dollar recycling to balance its international payments and support the dollar's exchange rate. **If the dollar were to decline, foreign countries would find it much easier to pay**

international dollar-debts in their own currencies. U.S. import prices would rise, and it would be more costly for U.S. investors to buy foreign assets. And foreigners would lose money on U.S. stocks and bonds as denominated in their own currencies, and would drop them. Central banks in particular would take a loss on the Treasury's dollar bonds that they hold in their monetary reserves – and would find their interest to lie in moving out of the dollar. So the U.S. balance of payments and exchange rate are both threatened by U.S. belligerency and military spending throughout the world – yet its diplomats are trying to stabilize matters by ramping up the military threat to crisis levels.

U.S. drives to keep its European and East Asian protectorates locked into its own sphere of influence is threatened by the emergence of China and Russia independently of the United States while the U.S. economy is de-industrializing as a result of its own deliberate policy choices. The industrial dynamic that made the United States so dominant from the late 19th century up to the 1970s has given way to an evangelistic neoliberal financialization. That is why U.S. diplomats need to arm-twist their allies to block their economic relations with post-Soviet Russia and socialist China, whose growth is outstripping that of the United States and whose trade arrangements offer more opportunities for mutual gain.

At issue is how long the United States can block its allies from taking advantage of China's economic growth. Will Germany, France and other NATO countries seek prosperity for themselves instead of letting the U.S. dollar standard and trade preferences siphon off their economic surplus?

Oil diplomacy and America's dream for post-Soviet Russia

The expectation of Gorbachev and other Russian officials in 1991 was that their economy would turn to the West for reorganization along the lines that had made the U.S., German and other economies so prosperous. The mutual expectation in Russia and Western Europe was for German, French and other investors to restructure the post-Soviet economy along more efficient lines.

That was not the U.S. plan. When Senator John McCain called Russia "a gas station with atom bombs," that was America's dream for what they wanted Russia to be – with Russia's gas companies passing into control by U.S. stockholders, starting with the planned buyout of Yukos as arranged with Mikhail Khordokovsky. **The last thing that U.S. strategists wanted to see was a thriving revived Russia. U.S. advisors sought to privatize Russia's natural resources and other non-industrial assets, by turning them over to kleptocrats who could "cash out" on the value of what they had privatized only by selling to U.S. and other foreign investors for hard currency. The result was a neoliberal economic and demographic collapse throughout the post-Soviet states.**

In some ways, America has been turning itself into its own version of a gas station with atom bombs (and arms exports). U.S. oil diplomacy aims to control the world's oil trade so that its enormous profits will accrue to the major U.S. oil companies. It was to keep Iranian oil in the hands of British Petroleum that the CIA's Kermit Roosevelt worked with British Petroleum's Anglo-Persian Oil Company to overthrow Iran's elected leader Mohammed Mossadegh in 1954 when he sought to nationalize the company after it refused decade after decade to perform its promised contributions to the economy. After installing the Shah whose democracy was based on a vicious police state, Iran threatened once again to act as the master of its own oil resources. So it was once again confronted with U.S.-sponsored sanctions, which remain in effect today. **The aim of such sanctions is to keep the world oil trade firmly under U.S. control, because oil is energy and energy is the key to productivity and real GDP.**

In cases where foreign governments such as Saudi Arabia and neighboring Arab petrostates have taken control, **the export earnings of their oil are to be deposited in U.S. financial markets to support the dollar's exchange rate and U.S. financial domination.** When they quadrupled their oil prices in 1973-74 (in response to the U.S. quadrupling of its grain-export prices), the U.S. State Department laid down the law and told Saudi Arabia that it could charge as much as it wanted for its oil (thereby raising the price umbrella for U.S. oil producers), but it had to recycle its oil-export earnings to the United States in dollar-denominated securities – mainly in U.S. Treasury securities and U.S. bank accounts, along with some minority holdings of U.S. stocks and bonds (but only as passive investors, not using this financial power to control corporate policy).

The second mode of recycling oil-export earnings was to buy U.S. arms exports, with Saudi Arabia becoming one of the military-industrial complex's largest customers.

U.S. arms production actually is not primarily military in character. As the world is now seeing in the kerfuffle over Ukraine, **America does not have a *fighting* army. What it has is what used to be called an “eating army.” U.S. arms production employs labor and produces weaponry as a kind of prestige good for governments to show off**, not for actual fighting. Like most luxury goods, the markup is very high. That is the essence of high fashion and style, after all. The MIC uses its profits to subsidize U.S. civilian production in a way that does not violate the letter of international trade laws against government subsidy.

Sometimes, of course, military force is indeed used. In Iraq, first George W. Bush and then Barack Obama used the military to seize the country's oil reserves, along with those of Syria and Libya. **Control of world oil has been the buttress of America's balance of payments.** Despite the global drive to slow the planet's warming, U.S. officials continue to view oil as the key to America's economic supremacy. **That is why the U.S. military is still refusing to obey Iraq's orders to leave their country, keeping its troops in control of Iraqi oil, and why it agreed with the French to destroy Libya and still has troops in the oilfields of Syria. Closer to home, President Biden has approved offshore drilling and supports Canada's expansion of its Athabasca tar sands, environmentally the dirtiest oil in the world.**

Along with oil and food exports, arms exports support the Treasury-bill standard's financing of America's overseas military spending on its 750 bases abroad. **But without a standing enemy constantly threatening at the gates, NATO's existence falls apart.** What would be the need for countries to buy submarines, aircraft carriers, airplanes, tanks, missiles and other arms?

As the United States has de-industrialized, its trade and balance-of-payments deficit is becoming more problematic. It needs arms export sales to help reduce its widening trade deficit and also to subsidize its commercial aircraft and related civilian sectors. The challenge is how to maintain its prosperity and world dominance as it de-industrializes while economic growth is surging ahead in China and now even Russia.

America has lost its industrial cost advantage by the sharp rise in its cost of living and doing business in its financialized post-industrial *rentier* economy. Additionally, as Seymour Melman explained in the 1970s, Pentagon capitalism is based on cost-plus contracts: The higher military hardware costs, the more profit its manufacturers receive. So U.S. arms are over-engineered – hence, the \$500 toilet seats instead of a \$50 model. The main attractiveness of luxury goods after all, including military hardware, is their *high* price.

This is the background for U.S. fury at its failure to seize Russia's oil resources – and at seeing Russia also break free militarily to create its own arms exports, which now are typically better and much less costly than those of the U.S. Today Russia is in the position of Iran in 1954 and again in 1979. Not only do its oil sales rival those of U.S. LNG,

but Russia keeps its oil-export earnings at home to finance its re-industrialization, so as to rebuild the economy that was destroyed by the U.S.-sponsored shock “therapy” of the 1990s.

The line of least resistance for U.S. strategy seeking to maintain control of the world’s oil supply while maintaining its luxury-arms export market via NATO is to Cry Wolf and insist that Russia is on the verge of invading Ukraine – **as if Russia had anything to gain by quagmire warfare over Europe’s poorest and least productive economy**. The winter of 2021-22 has seen a long attempt at U.S. prodding of NATO and Russia to fight – without success.

U.S. dreams of a neoliberalized China as a U.S. corporate affiliate

America has de-industrialized as a deliberate policy of slashing production costs as its manufacturing companies have sought low-wage labor abroad, most notably in China. This shift was not a rivalry with China, but was viewed as mutual gain. American banks and investors were expected to secure control and the profits of Chinese industry as it was marketized. The rivalry was between U.S. employers and U.S. labor, and the class-war weapon was offshoring and, in the process, cutting back government social spending.

Similar to the Russian pursuit of oil, arms and agricultural trade independent of U.S. control, **China’s offense is keeping the profits of its industrialization at home, retaining state ownership of significant corporations and, most of all, keeping money creation and the Bank of China as a public utility to fund its own capital formation instead of letting U.S. banks and brokerage houses provide its financing and siphon off its surplus in the form of interest, dividends and management fees**. The one saving grace to U.S. corporate planners has been China’s role in deterring U.S. wages from rising by providing a source of low-priced labor to enable American manufacturers to offshore and outsource their production.

The Democratic Party’s class war against unionized labor started in the Carter Administration and greatly accelerated when Bill Clinton opened the southern border with NAFTA. A string of maquiladoras were established along the border to supply low-priced handicraft labor. This became so successful a corporate profit center **that Clinton pressed to admit China into the World Trade Organization in December 2001, in the closing month of his administration**. The dream was for it to become a profit center for U.S. investors, producing for U.S. companies and financing its capital investment (and housing and government spending too, it was hoped) by borrowing U.S. dollars and organizing its industry in a stock market that, like that of Russia in 1994-96, would become a leading provider of finance-capital gains for U.S. and other foreign investors.

Walmart, Apple and many other U.S. companies organized production facilities in China, which necessarily involved technology transfers and creation of an efficient infrastructure for export trade. Goldman Sachs led the financial incursion, and helped China’s stock market soar. All this was what America had been urging.

Where did America’s neoliberal Cold War dream go wrong? For starters, China did not follow the World Bank’s policy of steering governments to borrow in dollars to hire U.S. engineering firms to provide export infrastructure. It industrialized in much the same way that the United States and Germany did in the late 19th century: By heavy public investment in infrastructure to provide basic needs at subsidized prices or freely, from health care and education to transportation and communications, in order to minimize the cost of living that employers and exporters had to pay. **Most important, China avoided foreign debt service by creating its own money and keeping the most important production facilities in its own hands.**

U.S. demands are driving its allies out of the dollar-NATO trade and monetary orbit

As in a classical Greek tragedy, U.S. foreign policy is bringing about precisely the outcome that it most fears. Overplaying their hand with their own NATO allies, **U.S. diplomats are bringing about Kissinger's nightmare scenario, driving Russia and China together.** While America's allies are told to bear the costs of U.S. sanctions, Russia and China are benefiting by being obliged to diversify and make their own economies independent of reliance on U.S. suppliers of food and other basic needs. **Above all, these two countries are creating their own de-dollarized credit and bank-clearing systems, and holding their international monetary reserves in the form of gold, euros and each other's currencies to conduct their mutual trade and investment.**

This de-dollarization provides an alternative to the unipolar U.S. ability to gain free foreign credit via the U.S. Treasury-bill standard for world monetary reserves. As foreign countries and their central banks de-dollarize, what will support the dollar? Without the free line of credit provided by central banks automatically recycling America's foreign military and other overseas spending back to the U.S. economy (with only a minimal return), how can the United States balance its international payments in the face of its de-industrialization?

The United States cannot simply reverse its de-industrialization and dependence on Chinese and other Asian labor by bringing production back home. **It has built too high a rentier overhead into its economy for its labor to be able to compete internationally**, given the U.S. wage-earner's budgetary demands to pay high and rising housing and education costs, debt service and health insurance, and for privatized infrastructure services.

The only way for the United States to sustain its international financial balance is by monopoly pricing of its arms, patented pharmaceutical and information-technology exports, and by buying control of the most lucrative production and potentially rent-extracting sectors abroad – in other words, by spreading neoliberal economic policy throughout the world in a way that obliges other countries to depend on U.S. loans and investment.

That is not a way for national economies to grow. The alternative to neoliberal doctrine is China's growth policies that follow the same basic industrial logic by which Britain, the United States, Germany and France rose to industrial power during their own industrial takeoffs with strong government support and social spending programs.

The United States has abandoned this traditional industrial policy since the 1980s. It is imposing on its own economy the neoliberal policies that de-industrialized Pinochetista Chile, Thatcherite Britain and the post-industrial former Soviet republics, the Baltics and Ukraine since 1991. **Its highly polarized and debt-leveraged prosperity is based on inflating real estate and securities prices and privatizing infrastructure.**

This neoliberalism has been a path to becoming a failed economy and indeed, a failed state, obliged to suffer debt deflation, rising housing prices and rents as owner-occupancy rates decline, as well as exorbitant medical and other costs resulting from privatizing what other countries provide freely or at subsidized prices as human rights – health care, education, medical insurance and pensions.

The success of China's industrial policy with a mixed economy and state control of the monetary and credit system has led U.S. strategists to fear that Western European and Asian economies may find their advantage to lie in integrating more closely with China and Russia. The U.S. seems to have no response to such a global rapprochement

with China and Russia except economic sanctions and military belligerence. That New Cold War stance is expensive, and other countries are balking at bearing the cost of a conflict that has no benefit for themselves and indeed, threatens to destabilize their own economic growth and political independence.

Without subsidy from these countries, especially as China, Russia and their neighbors de-dollarize their economies, how can the United States maintain the balance-of-payments costs of its overseas military spending? Cutting back that spending, and indeed recovering industrial self-reliance and competitive economic power, would require a transformation of American politics.

Such a change seems unlikely, but without it, how long can America's post-industrial *rentier* economy manage to force other countries to provide it with the economic affluence (literally a flowing-in) that it is no longer producing at home?

1. <https://www.state.gov/briefings/department-press-briefing-january-27-2022/>. Dismissing reporters' comments that "what the Germans have said publicly doesn't match with what you're saying exactly," she explained the U.S. tactics to stall Nord Stream 2. Countering a reporter's point that "all they have to do is turn it on," she said: "As Senator Cruz likes to say ... it is currently a hunk of metal at the bottom of the ocean. It needs to be tested. It needs to be certified. It needs to have regulatory approval." For a recent review of the increasingly tense geopolitics at work, see John Foster, "Pipeline Politics hits Multipolar Realities: Nord Stream 2 and the Ukraine Crisis," *Counterpunch*, February 3, 2022. ↑
2. Andrew Higgins, "Fueling a Geopolitical Tussle in Eastern Europe: Fertilizer," *The New York Times*, January 31, 2022. The owner plans to sue Lithuania's government for hefty damages.
↑
3. Russian Foreign Affairs Ministry, "Foreign Minister Sergey Lavrov's answers to questions from Channel One's Voskresnoye Vremya programme," Moscow, January 30, 2022. *Johnson's Russia List*, January 31, 2022, #9. ↑